

Der Arbeitsmarkt in Deutschland	355
Rußlands Wirtschaft nach dem Zerfall der Sowjetunion	364
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 28-29/92

Berlin

16. Juli 1992

2. Ex.

59. Jahrgang

Der Arbeitsmarkt in Deutschland

Aktuelle Arbeitsmarktentwicklung

Im Juni 1992 waren in Deutschland etwa 2,8 Mill. Arbeitslose registriert; die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote belief sich, bezogen auf alle Erwerbspersonen, auf 7,3 vH. Zwar sind die Teilarbeitsmärkte in West- und Ostdeutschland immer noch von erheblichen Unterschieden bei der Entwicklung von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage geprägt, doch auch in Westdeutschland wird die konjunkturelle Schwäche auf dem Arbeitsmarkt mehr und mehr sichtbar. Die Zahl der Erwerbstätigen steigt hier nur noch verhalten.

Die insgesamt schwache Nachfrage am Arbeitsmarkt in Westdeutschland wirkt nun auch auf die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen, die — nach einem vorübergehenden Rückgang von Juli bis Dezember 1991 — zuletzt wieder spürbar stieg. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen übertrifft seit Jahresbeginn das Vorjahresniveau; zuletzt war das im Sommer 1988 der Fall gewesen. Hinzu kommen rund 230 000 Personen in Kurzarbeit. Hiervon sind vor allem Betriebe des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes betroffen. Die Eintrübung auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt ist damit deutlich stärker als in der letzten konjunkturellen Schwächeperiode des Jahres 1987.

In Ostdeutschland war die Zahl der registrierten Arbeitslosen bis Juni dieses Jahres rückläufig. Dieser Rückgang ist aber vor allem auf saisonale Einflüsse zurückzuführen. Im Juni waren 1,12 Millionen Personen arbeitslos gemeldet; zwei Drittel davon Frauen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist allerdings kein geeigneter Indikator für das Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt in Ostdeutschland. Niveau und Entwicklung der Arbeitslosigkeit

hängen in Ostdeutschland in weit geringerem Umfang von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ab als in Westdeutschland oder in anderen Industrieländern. Administrative und tarifvertragliche Regelungen wie Kündigungsschutzabkommen, Kurzarbeitergeld, die Personalpolitik der Treuhandanstalt und der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente sind hier von weit größerer Bedeutung.

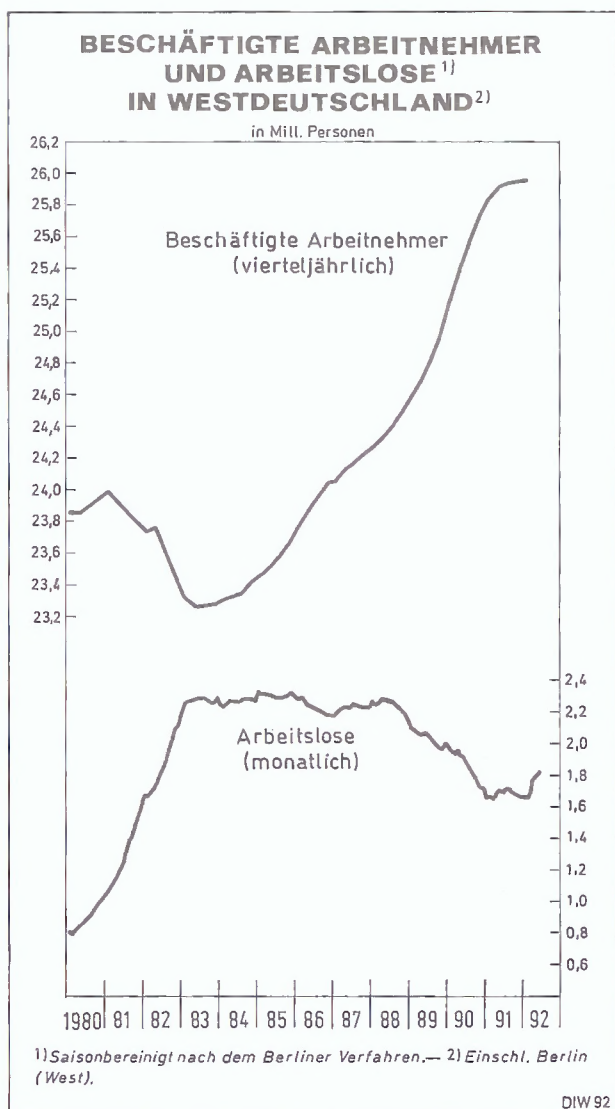
Ein umfassenderes Bild der Situation auf den ostdeutschen Arbeitsmärkten erhält man, wenn alle Bestands- und Stromgrößen betrachtet werden (vgl. Abb. Arbeitsmarktbilanz). Derzeit dürften noch gut sechs Millionen Personen in Ostdeutschland einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Somit sind — gemessen am Bestand vom Jahresanfang 1989 — von etwa 9,8 Millionen knapp 4 Millionen oder fast 40 vH aller Arbeitsplätze verloren gegangen.

Beschäftigung und Einkommen in Deutschland im ersten Quartal 1992

Sektorale Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland

Im ersten Quartal 1992 stieg die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Einpendler)¹ in Westdeutschland saisonbereinigt nur um etwa 10 000 Personen. Sie übertraf damit das Niveau im entsprechenden Quartal des Vor-

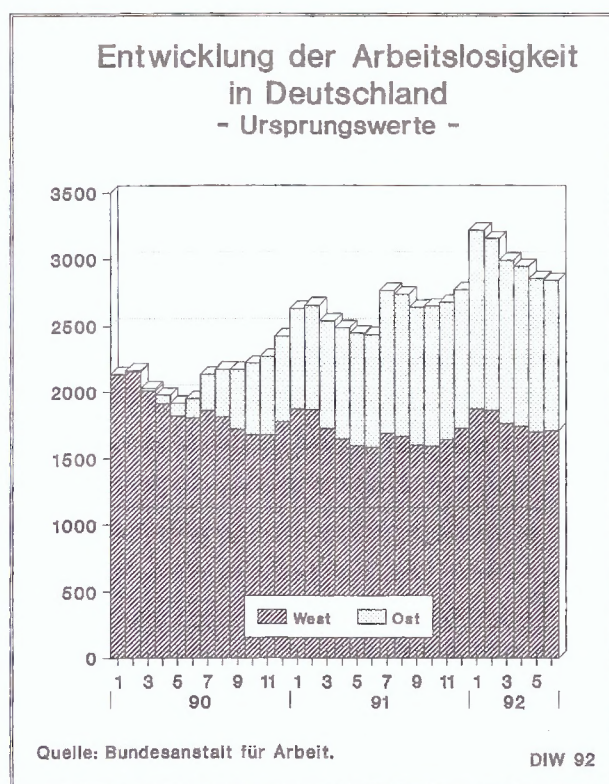
¹ Aus Gründen der Konsistenz mit dem Kontensystem der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird in diesem Bericht die Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen nach dem Inländerkonzept analysiert, sofern nicht anders vermerkt.



jahres um gut 100 000. Die Zunahme beschränkte sich auf den tertiären Sektor; im produzierenden Gewerbe war die Beschäftigtenzahl rückläufig.

Auch innerhalb des tertiären Sektors vollzog sich die Beschäftigungsentwicklung recht uneinheitlich. In den Dienstleistungsbereichen erhöhte sich die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Vorjahresvergleich kaum noch. Lediglich im Bereich des Geld-, Bank- und Versicherungswesens wurden die Belegschaften nennenswert aufgestockt. Im Handel und Verkehr dagegen übertraf der Beschäftigtenstand das Vorjahresniveau um knapp 2 vH.

Im verarbeitenden Gewerbe insgesamt, dessen Produktion und Beschäftigtenstand immer besonders stark von der konjunkturellen Lage beeinflusst wird, ist die Zahl der Beschäftigten seit Sommer des vergangenen Jahres, mit zuletzt zunehmender Tendenz, rückläufig. Im ersten Vierteljahr 1992 waren in diesem Bereich rund 50 000 Per-

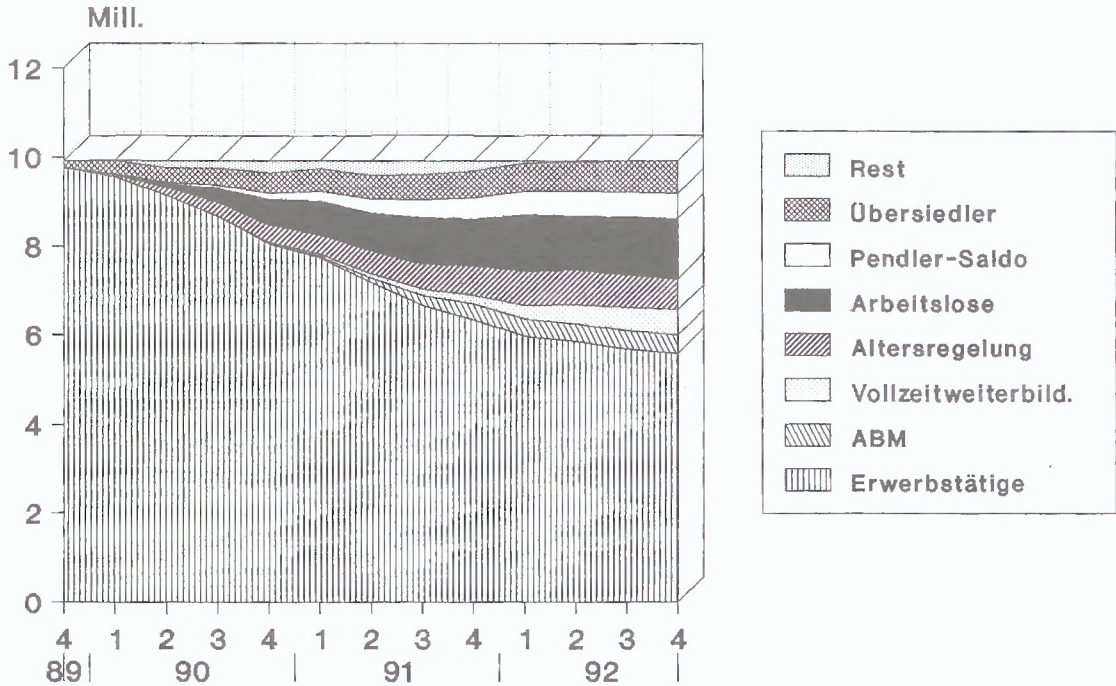


sonen (ohne Pendler) weniger beschäftigt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Selbst in den konsumnahen Branchen, die lange Zeit von der Nachfrage aus den neuen Bundesländern besonders profitierten, verringerte sich der Beschäftigtenstand. Im Nahrungs- und Genußmittel produzierenden Gewerbe lag die Zahl der Beschäftigten aufgrund des Überhangs am Jahresende 1991 zwar noch um 1,5 vH über dem Vorjahresniveau, saisonbereinigt sanken aber auch hier die Belegschaftszahlen. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe war im Vorjahresvergleich ein Rückgang des Personalbestandes zu verzeichnen. Von der Schwäche sowohl der Auslands- als auch der Inlandsnachfrage am stärksten betroffen war das Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Im Berichtsquartal lag die Zahl der Beschäftigten um 45 000 oder 1 vH unter dem Niveau im entsprechenden Vorjahresquartal. Ähnlich war es im Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbe (—1 vH). In den vier größten Branchen des verarbeitenden Gewerbes spiegelt sich die Schwäche der Investitionsgüternachfrage wider. Lediglich in der chemischen Industrie wurde die Beschäftigung gehalten; in der Elektrotechnik, im Maschinenbau und im Straßenfahrzeugbau sank dagegen die Zahl der Beschäftigten deutlich.

Einkommensentwicklung in Westdeutschland

Die Bruttoeinkommen der westdeutschen Arbeitnehmer stiegen auch im ersten Quartal 1992 kräftig. Die Bruttolohn-

Arbeitsmarktbilanz - Ostdeutschland



Quellen:
Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt
für Arbeit, Schätzungen des DIW.

DIW 92

und -gehaltsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 7 vH. Im Durchschnitt bedeutete das für den einzelnen Arbeitnehmer einen Zuwachs des Bruttomonatseinkommens von 6,5 vH. Aufgrund der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zum 1. April 1991 sowie der Einführung des Solidaritätszuschlages zum 1. Juli des vergangenen Jahres nahmen die monatlichen Nettoeinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer im ersten Quartal 1992 mit 2,3 vH im Vergleich zum Vorjahr jedoch nur geringfügig zu. Bei einer Inflationsrate von 4,3 vH im Berichtszeitraum sank die Kaufkraft der beschäftigten Arbeitnehmer.

Überdurchschnittlich stiegen die Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer im ersten Quartal 1992 im Bergbau (8,3 vH) und im Baugewerbe (11 vH), bei letzterem sind jedoch die weit geringeren Ausfalltagewerke aufgrund der günstigen Witterung im Winter 1991/92 zu berücksichtigen. Schlußlichter der Einkommensentwicklung mit 5 vH Jahreszuwachsrate waren die Land- und Forstwirtschaft sowie die sonstigen Dienstleistungen.

Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung in Ostdeutschland²

Im ersten Quartal 1992 dürfte in Ostdeutschland die Zahl der abhängig Beschäftigten um rund 20 vH unter dem entsprechenden Vorjahreswert gelegen haben. Der Schwerpunkt des Beschäftigungseinbruchs lag in der Landwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe. Im verarbeitenden Gewerbe — in dem früher mehr als ein Drittel der Beschäftigten tätig war — verringerte sich die Zahl der Beschäftigten um knapp die Hälfte; der Anteil dieses Bereichs an der Zahl aller Beschäftigten sank auf etwa ein Fünftel. Zumeist wurden die Belegschaften durch die Entlassung von Kurzarbeitern verringert. Gleichzeitig konnten aber viele Kurzarbeiter in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vermittelt

² Bei den an dieser Stelle vorgelegten Zahlen handelt es sich um Schätzungen des DIW im Rahmen der VGR für Ostdeutschland.

Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in Westdeutschland²⁾ im 4. Quartal 1991

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegen- über Vorjahr in vH			
	Gesamt	Männer Arbeiter	Ang. u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Frauen Arbeiter	Ang. u. Beamte	Auszu- bildende	Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	161	116	27	18	78	49	20	9	239	-0,6	2,6	0,4
Bergbau	155	112	31	12	7	2	5	0	162	-4,9	0,0	-4,7
Energiewirtschaft	234	132	90	12	42	9	30	3	276	1,7	2,4	1,8
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	5 997	3 946	1 674	377	2 529	1 487	927	115	8 526	-0,1	2,1	0,5
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1 150	762	332	56	292	112	167	13	1 442	-0,6	1,7	-0,1
Investitionsgüter	3 348	2 116	1 007	225	1 082	608	438	36	4 430	-0,5	1,4	0,0
Verbrauchsgüter	1 040	744	239	57	801	578	192	31	1 841	0,4	2,2	1,2
Nahrungs- und Genußmittel	459	324	96	39	354	189	130	35	813	2,9	4,1	3,4
Baugewerbe	1 587	1 250	205	132	184	21	150	13	1 771	2,4	4,0	2,5
Produzierendes Gewerbe	7 973	5 440	2 000	533	2 762	1 519	1 112	131	10 735	0,3	2,2	0,8
Handel	1 613	513	1 017	83	2 232	326	1 794	112	3 845	-0,2	5,0	2,8
Verkehr ⁴⁾	1 074	526	501	47	419	115	286	18	1 493	-0,1	2,7	0,7
Handel und Verkehr	2 687	1 039	1 518	130	2 651	441	2 080	130	5 338	-0,1	4,7	2,2
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	2 421	349	2 032	40	1 791	246	1 475	70	4 212	-1,6	3,0	0,3
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	464	16	411	37	523	34	453	36	987	1,3	1,2	1,2
Gastgewerbe	243	135	86	22	388	221	136	31	631	0,0	0,3	0,2
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	250	209	32	9	769	643	79	47	1 019	-1,6	0,1	-0,3
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	1 092	250	773	69	1 796	315	1 225	256	2 888	-2,7	0,7	-0,6
Dienstleistungen, gesamt	4 470	959	3 334	177	5 267	1 459	3 368	440	9 737	-1,5	1,4	0,1
Insgesamt	15 291	7 554	6 879	858	10 758	3 468	6 580	710	26 049	-0,3	2,4	0,8
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	1 621	1 101	473	47	646	370	253	23	2 267	4,4	8,4	5,5
Bergbau	2 741	1 859	824	58	112	23	89	0	2 853	0,6	4,7	0,7
Energiewirtschaft	3 635	1 922	1 668	45	562	94	457	11	4 197	7,5	8,7	7,6
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	92 116	52 799	38 189	1 128	26 855	12 972	13 545	338	118 971	5,7	8,5	6,3
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	19 762	11 062	8 520	180	3 894	1 139	2 714	41	23 656	4,4	7,2	4,9
Investitionsgüter	52 850	29 236	22 953	661	12 371	5 718	6 549	104	65 221	5,6	8,2	6,1
Verbrauchsgüter	13 828	8 803	4 846	179	7 463	4 764	2 602	97	21 291	6,7	8,7	7,4
Nahrungs- und Genußmittel	5 676	3 698	1 870	108	3 127	1 351	1 680	96	8 803	8,7	10,5	9,3
Baugewerbe	20 303	15 824	4 053	426	1 949	207	1 702	40	22 252	10,4	11,1	10,4
Produzierendes Gewerbe	118 795	72 404	44 734	1 657	29 478	13 296	15 793	389	148 273	6,4	8,6	6,8
Handel	21 250	5 304	15 737	209	20 337	2 613	17 448	276	41 587	7,1	13,3	10,1
Verkehr ⁴⁾	15 580	6 836	8 600	144	5 098	1 022	4 021	55	20 678	7,5	11,0	8,3
Handel und Verkehr	36 830	12 140	24 337	353	25 435	3 635	21 469	331	62 265	7,3	12,8	9,5
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	39 258	4 987	34 137	134	24 645	2 422	21 993	230	63 903	5,7	10,7	7,5
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	8 601	220	8 246	135	7 257	364	6 764	129	15 858	7,8	8,1	7,9
Gastgewerbe	2 413	1 224	1 135	54	2 528	1 369	1 086	73	4 941	4,9	5,6	5,3
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	2 148	1 692	436	20	4 759	3 965	696	98	6 907	4,0	5,8	5,2
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	13 155	2 406	10 555	194	12 981	2 009	10 260	712	26 136	2,0	6,0	4,0
Dienstleistungen, gesamt	65 575	10 529	54 509	537	52 170	10 129	40 799	1 242	117 745	5,1	8,4	6,5
Insgesamt	222 821	96 174	124 053	2 594	107 729	27 430	78 314	1 985	330 550	6,2	9,5	7,2
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	3 356	3 164	5 840	870	2 761	2 517	4 217	852	3 162	5,1	5,6	5,1
Bergbau	5 895	5 533	8 860	1 611	5 333	3 833	5 933	.	5 870	5,7	4,7	5,7
Energiewirtschaft	5 178	4 854	6 178	1 250	4 460	3 481	5 078	1 222	5 069	5,6	6,1	5,7
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	5 120	4 460	7 604	997	3 540	2 908	4 871	980	4 651	5,8	6,3	5,8
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	5 728	4 839	8 554	1 071	4 445	3 390	5 417	1 051	5 468	5,1	5,4	5,0
Investitionsgüter	5 262	4 606	7 598	979	3 811	3 135	4 984	963	4 908	6,1	6,7	6,1
Verbrauchsgüter	4 432	3 944	6 759	1 047	3 106	2 747	4 517	1 043	3 855	6,3	6,4	6,2
Nahrungs- und Genußmittel	4 122	3 805	6 493	923	2 944	2 383	4 308	914	3 609	5,6	6,2	5,7
Baugewerbe	4 264	4 220	6 590	1 076	3 531	3 286	3 782	1 026	4 188	7,8	6,8	7,7
Produzierendes Gewerbe	4 967	4 437	7 456	1 036	3 558	2 918	4 734	990	4 604	6,0	6,3	6,0
Handel	4 391	3 446	5 158	839	3 037	2 672	3 242	821	3 605	7,3	7,9	7,1
Verkehr ⁴⁾	4 836	4 332	5 722	1 021	4 056	2 962	4 686	1 019	4 617	7,6	8,1	7,6
Handel und Verkehr	4 569	3 895	5 344	905	3 198	2 748	3 441	849	3 888	7,4	7,8	7,2
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	5 405	4 763	5 600	1 117	4 587	3 282	4 970	1 095	5 057	7,4	7,5	7,2
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	6 179	4 583	6 688	1 216	4 625	3 569	4 977	1 194	5 356	6,4	6,8	6,6
Gastgewerbe	3 310	3 022	4 399	818	2 172	2 065	2 662	785	2 610	4,9	5,4	5,1
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	2 864	2 699	4 542	741	2 063	2 055	2 937	695	2 259	5,6	5,7	5,5
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	4 016	3 208	4 552	937	2 409	2 126	2 792	927	3 017	4,8	5,3	4,6
Dienstleistungen, gesamt	4 890	3 660	5 450	1 011	3 302	2 314	4 038	941	4 031	6,7	6,9	6,5
Insgesamt	4 857	4 244	6 011	1 008	3 338	2 636	3 967	932	4 230	6,5	6,9	6,4

¹⁾ Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — ²⁾ Einschl. Berlin (West). — ³⁾ Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — ⁴⁾ Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — ⁵⁾ Einschl. Soldaten. — ⁶⁾ U. a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — ⁷⁾ Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. — ⁸⁾ Einschl. tariflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monateinkommen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u. a.).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in Westdeutschland²⁾ im 1. Quartal 1992

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegen- über Vorjahr in vH			
	Gesamt	Männer Arbeiter	Ang. u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Frauen Arbeiter	Ang. u. Beamte	Auszu- bildende	Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	141	96	27	18	73	44	20	9	214	0,7	2,8	1,4
Bergbau	153	110	31	12	7	2	5	0	160	-5,0	0,0	-4,8
Energiewirtschaft	234	132	90	12	42	9	30	3	276	1,7	0,0	1,5
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	5 929	3 884	1 669	376	2 523	1 477	931	115	8 452	-1,2	0,7	-0,6
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1 134	748	330	56	291	110	168	13	1 425	-1,6	0,7	-1,1
Investitionsgüter	3 314	2 086	1 004	224	1 081	605	440	36	4 395	-1,4	0,3	-1,0
Verbrauchsgüter	1 029	733	239	57	799	576	192	31	1 828	-0,9	0,6	-0,2
Nahrungs- und Genußmittel	452	317	96	39	352	186	131	35	804	0,9	2,3	1,5
Baugewerbe	1 523	1 185	208	130	186	21	152	13	1 709	2,1	3,9	2,3
Produzierendes Gewerbe	7 839	5 311	1 998	530	2 758	1 509	1 118	131	10 597	-0,5	0,9	-0,2
Handel	1 609	513	1 013	83	2 265	335	1 818	112	3 874	-0,2	4,4	2,4
Verkehr ⁴⁾	1 064	519	498	47	410	111	281	18	1 474	0,0	2,0	0,5
Handel und Verkehr	2 673	1 032	1 511	130	2 675	446	2 099	130	5 348	-0,1	4,0	1,9
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	2 418	349	2 029	40	1 798	248	1 480	70	4 216	-1,2	2,5	0,3
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	468	16	415	37	529	34	459	36	997	1,7	1,7	1,7
Gastgewerbe	231	125	84	22	368	202	135	31	599	0,4	0,5	0,5
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	238	197	32	9	756	629	80	47	994	-1,7	0,7	0,1
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	1 067	231	767	69	1 801	298	1 247	256	2 868	-2,1	1,0	-0,2
Dienstleistungen, gesamt	4 422	918	3 327	177	5 252	1 411	3 401	440	9 674	-1,1	1,5	0,3
Insgesamt	15 075	7 357	6 863	855	10 758	3 410	6 638	710	25 833	-0,6	2,0	0,4
Bruttoöhne und -gehälter (in Mill. DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	1 273	821	410	42	537	296	221	20	1 810	5,8	8,0	6,5
Bergbau	2 180	1 434	693	53	102	19	83	0	2 282	3,0	6,3	3,2
Energiewirtschaft	3 171	1 644	1 487	40	483	81	393	9	3 654	7,6	5,9	7,4
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	79 022	44 597	33 427	998	23 464	11 191	11 976	297	102 486	5,3	7,5	5,8
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	16 550	9 092	7 302	156	3 293	926	2 332	35	19 843	4,6	7,0	5,0
Investitionsgüter	46 076	25 002	20 482	592	11 151	5 090	5 967	94	57 227	5,3	7,4	5,7
Verbrauchsgüter	11 640	7 385	4 099	156	6 301	4 011	2 206	84	17 941	5,7	7,5	6,3
Nahrungs- und Genußmittel	4 756	3 118	1 544	94	2 719	1 164	1 471	84	7 475	6,4	7,9	7,0
Baugewerbe	14 082	10 379	3 338	365	1 705	185	1 484	36	15 787	13,9	11,3	13,6
Produzierendes Gewerbe	98 455	58 054	38 945	1 456	25 754	11 476	13 936	342	124 209	6,4	7,7	6,7
Handel	19 269	4 863	14 216	190	18 825	2 462	16 108	255	38 094	6,1	11,4	8,6
Verkehr ⁴⁾	12 111	5 147	6 845	119	3 942	745	3 152	45	16 053	6,9	9,4	7,5
Handel und Verkehr	31 380	10 010	21 061	309	22 767	3 207	19 260	300	54 147	6,4	11,0	8,3
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	28 798	3 373	25 314	111	17 642	1 567	15 883	192	46 440	5,9	10,0	7,5
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	7 242	177	6 947	118	6 105	289	5 703	113	13 347	8,6	9,0	8,8
Gastgewerbe	2 149	1 059	1 041	49	2 242	1 176	999	67	4 391	5,3	5,9	5,6
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	1 864	1 462	386	16	4 280	3 550	648	82	6 144	3,4	6,2	5,3
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	12 009	2 068	9 774	167	11 973	1 757	9 612	604	23 982	2,9	6,7	4,8
Dienstleistungen, gesamt	52 062	8 139	43 462	461	42 242	8 339	32 845	1 058	94 304	5,5	8,3	6,7
Insgesamt	183 170	77 024	103 878	2 268	91 300	23 318	66 262	1 720	274 470	6,2	8,8	7,0
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	3 009	2 851	5 062	778	2 452	2 242	3 683	741	2 819	5,1	5,1	5,0
Bergbau	4 749	4 345	7 452	1 472	4 857	3 167	5 533	.	4 754	8,4	6,3	8,3
Energiewirtschaft	4 517	4 152	5 507	1 111	3 833	3 000	4 367	1 000	4 413	5,8	5,9	5,9
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	4 443	3 827	6 676	885	3 100	2 526	4 288	861	4 042	6,5	6,7	6,4
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	4 865	4 052	7 376	929	3 772	2 806	4 627	897	4 642	6,3	6,3	6,2
Investitionsgüter	4 634	3 995	6 800	881	3 438	2 804	4 520	870	4 340	6,8	7,2	6,8
Verbrauchsgüter	3 771	3 358	5 717	912	2 629	2 321	3 830	903	3 272	6,6	6,8	6,6
Nahrungs- und Genußmittel	3 507	3 279	5 361	803	2 575	2 086	3 743	800	3 099	5,5	5,5	5,4
Baugewerbe	3 082	2 920	5 349	936	3 056	2 937	3 254	923	3 079	11,5	7,1	11,0
Produzierendes Gewerbe	4 187	3 644	6 497	916	3 113	2 535	4 155	870	3 907	7,0	6,7	6,9
Handel	3 992	3 160	4 678	763	2 770	2 450	2 953	759	3 278	6,3	6,7	6,1
Verkehr ⁴⁾	3 794	3 306	4 582	844	3 205	2 237	3 739	833	3 630	6,9	7,2	6,9
Handel und Verkehr	3 913	3 233	4 646	792	2 837	2 397	3 059	769	3 375	6,5	6,7	6,3
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	3 970	3 222	4 159	925	3 271	2 106	3 577	914	3 672	7,3	7,3	7,1
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	5 158	3 688	5 580	1 063	3 847	2 833	4 142	1 046	4 462	6,8	7,1	6,9
Gastgewerbe	3 101	2 824	4 131	742	2 031	1 941	2 467	720	2 444	4,9	5,3	5,1
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	2 611	2 474	4 021	593	1 887	1 881	2 700	582	2 060	5,1	5,5	5,2
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	3 752	2 984	4 248	807	2 216	1 965	2 569	786	2 787	5,1	5,7	5,0
Dienstleistungen, gesamt	3 924	2 955	4 354	868	2 681	1 970	3 219	802	3 249	6,6	6,7	6,4
Insgesamt	4 050	3 490	5 045	884	2 829	2 279	3 327	808	3 542	6,8	6,7	6,5

¹⁾ Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — ²⁾ Einschl. Berlin (West). — ³⁾ Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — ⁴⁾ Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — ⁵⁾ Einschl. Soldaten. — ⁶⁾ U. a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — ⁷⁾ Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. — ⁸⁾ Einschl. tariflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monatslohn, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u. a.).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ in Westdeutschland²⁾

	1989			1990				1991				1992
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Absolute Zahlen in Tausend												
Land- u. Forstwirtschaft	234	245	233	208	242	248	238	211	245	249	239	214
Bergbau	184	183	180	177	174	173	170	168	166	164	162	160
Energiewirtschaft	263	263	264	265	267	269	271	272	274	274	276	276
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	8 075	8 189	8 227	8 259	8 311	8 433	8 481	8 505	8 518	8 563	8 526	8 452
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1 412	1 430	1 433	1 421	1 430	1 445	1 444	1 441	1 444	1 451	1 442	1 425
Investitionsgüter	4 213	4 274	4 300	4 329	4 359	4 418	4 431	4 440	4 437	4 450	4 430	4 395
Verbrauchsgüter	1 745	1 758	1 765	1 781	1 792	1 805	1 820	1 832	1 843	1 847	1 841	1 828
Nahrungs- u. Genußmittel	705	727	729	728	730	765	786	792	794	815	813	804
Baugewerbe	1 625	1 668	1 668	1 617	1 680	1 725	1 727	1 670	1 725	1 772	1 771	1 709
Produzierendes Gewerbe	10 147	10 303	10 339	10 318	10 432	10 600	10 649	10 615	10 683	10 773	10 735	10 597
Handel	3 461	3 467	3 535	3 563	3 597	3 626	3 741	3 782	3 775	3 769	3 845	3 874
Verkehr ⁴⁾	1 448	1 456	1 460	1 447	1 464	1 476	1 483	1 466	1 481	1 489	1 493	1 474
Handel und Verkehr	4 909	4 923	4 995	5 010	5 061	5 102	5 224	5 248	5 256	5 258	5 338	5 348
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	4 174	4 175	4 177	4 186	4 192	4 197	4 199	4 202	4 206	4 210	4 212	4 216
Geld-, Bank- u. Vers.-gewerbe	937	941	947	957	965	969	975	980	983	985	987	997
Gastgewerbe	613	626	623	591	624	638	630	596	627	640	631	599
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	950	947	977	977	1 009	999	1 022	993	1 017	1 000	1 019	994
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	2 705	2 701	2 782	2 834	2 872	2 850	2 906	2 873	2 887	2 846	2 888	2 868
Dienstleistungen, gesamt	9 379	9 390	9 506	9 545	9 662	9 653	9 732	9 644	9 720	9 681	9 737	9 674
Insgesamt	24 669	24 861	25 073	25 081	25 397	25 603	25 843	25 718	25 904	25 961	26 049	25 833
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH												
Land- u. Forstwirtschaft	0,0	-1,2	-2,1	2,0	3,4	1,2	2,1	1,4	1,2	0,4	0,4	1,4
Bergbau	-5,6	-5,2	-5,3	-5,3	-5,4	-5,5	-5,6	-5,1	-4,6	-5,2	-4,7	-4,8
Energiewirtschaft	0,8	0,8	0,8	1,1	1,5	2,3	2,7	2,6	2,6	1,9	1,8	1,5
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	1,3	1,6	1,9	2,8	2,9	3,0	3,1	3,0	2,5	1,5	0,5	-0,6
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	0,4	0,6	0,8	1,4	1,3	1,0	0,8	1,4	1,0	0,4	-0,1	-1,1
Investitionsgüter	1,8	2,3	2,6	3,4	3,5	3,4	3,0	2,6	1,8	0,7	-0,0	-1,0
Verbrauchsgüter	1,3	1,5	1,7	2,5	2,7	2,7	3,1	2,9	2,8	2,3	1,2	-0,2
Nahrungs- u. Genußmittel	0,1	-0,1	0,3	2,8	3,5	5,2	7,8	8,8	8,8	6,5	3,4	1,5
Baugewerbe	0,1	-0,3	0,4	2,9	3,4	3,4	3,5	3,3	2,7	2,7	2,5	2,3
Produzierendes Gewerbe	0,9	1,2	1,5	2,6	2,8	2,9	3,0	2,9	2,4	1,6	0,8	-0,2
Handel	2,2	2,3	2,6	3,4	3,9	4,6	5,8	6,1	4,9	3,9	2,8	2,4
Verkehr ⁴⁾	0,1	0,2	0,3	0,7	1,1	1,4	1,6	1,3	1,2	0,9	0,7	0,5
Handel und Verkehr	1,6	1,7	1,9	2,6	3,1	3,6	4,6	4,8	3,9	3,1	2,2	1,9
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Geld-, Bank- u. Vers.-gewerbe	3,1	2,8	2,5	3,0	3,0	3,0	3,0	2,4	1,9	1,7	1,2	1,7
Gastgewerbe	1,2	1,1	1,0	1,5	1,8	1,9	1,1	0,8	0,5	0,3	0,2	0,5
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	4,6	4,5	4,3	6,3	6,2	5,5	4,6	1,6	0,8	0,1	-0,3	0,1
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	4,3	4,2	4,2	6,4	6,2	5,5	4,5	1,4	0,5	-0,1	-0,6	-0,2
Dienstleistungen, gesamt	2,1	2,1	2,0	3,0	3,0	2,8	2,4	1,0	0,6	0,3	0,1	0,3
Insgesamt	1,5	1,6	1,7	2,8	3,0	3,0	3,1	2,5	2,0	1,4	0,8	0,4
¹⁾ Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — ²⁾ Einschl. Berlin (West). — ³⁾ Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — ⁴⁾ Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — ⁵⁾ Einschl. Soldaten. — ⁶⁾ U. a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — ⁷⁾ Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.												

telt werden, wo sie als Vollbeschäftigte erfaßt werden. Insbesondere der starke Zuwachs der Vollbeschäftigten im Bergbau dürfte darauf zurückzuführen sein.

Aufgestockt wurden die Belegschaften lediglich im Dienstleistungsbereich. Dessen Gewicht ist allerdings zu gering, um die Arbeitsplatzverluste in den übrigen Bereichen auszugleichen. Daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern: Ohne die Schaffung neuer bzw. die Sicherung bestehender Arbeitsplätze im industriellen Bereich ist

eine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt in Ostdeutschland nicht zu erreichen.

Die monatlichen Bruttoeinkommen je vollbeschäftigten Arbeitnehmer (Beschäftigte ohne Kurzarbeiter) sind, Schätzungen des DIW zufolge, im ersten Quartal 1992 um rund 26 vH gegenüber dem Vorjahrsquartal auf etwa 2 150 DM gestiegen. Das sind etwa 60 vH des westdeutschen Effektivlohnlevels. Deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegen die monatlichen Brutto-

**Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl¹⁾ in Westdeutschland²⁾
in 1000**

	1989			1990				1991				1992
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Land- u. Forstwirtschaft	228	229	229	233	234	234	235	236	236	236	236	238
Produzierendes Gewerbe	10 181	10 233	10 297	10 389	10 462	10 540	10 614	10 680	10 711	10 716	10 700	10 665
dar.: Verarb. Gewerbe	8 106	8 155	8 208	8 278	8 339	8 405	8 466	8 521	8 543	8 537	8 512	8 470
Baugewerbe	1 628	1 632	1 645	1 668	1 683	1 694	1 707	1 719	1 728	1 741	1 750	1 758
Handel und Verkehr	4 913	4 941	4 967	5 010	5 068	5 128	5 194	5 241	5 266	5 289	5 308	5 336
Dienstleistungen	9 358	9 412	9 474	9 580	9 636	9 673	9 700	9 685	9 693	9 699	9 701	9 718
Beschäftigte, insgesamt	24 681	24 815	24 967	25 212	25 400	25 576	25 744	25 842	25 907	25 939	25 945	25 958

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 4). — ²⁾ Einschl. Berlin (West).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Wichtige Tarifabschlüsse 1991/92* in Westdeutschland¹⁾

Wirtschaftszweig	Tarif- erhöhung in vH ²⁾	Nebenregelungen	Beginn der Laufzeit ³⁾
Volkswagenwerk	6,5	Gemeinsamer Tarifvertrag für Arbeiter und Angestellte mit verbesserter Lohn- und Gehaltsstruktur.	1.11.91
Stahlindustrie	5,9	Sonderzahlung von 175 DM. Vom 1.9.92 an Verbesserungen bei den Ecklöhnen und -gehältern.	1.11.91
Bankgewerbe	5,4	Tariferhöhung vom 1.2.92 an. Für den Monat Januar 92: 300 DM Einmalzahlung. Für den Monat Mai 92 wurde eine weitere Einmalzahlung in Höhe von 350 DM vereinbart. Verbesserungen in der Gehaltsstruktur.	1.1.92 (13 Monate)
Öffentlicher Dienst	5,4	Zusätzlich: gestaffelte Einmalbeträge für die unteren und mittleren Gehaltsgruppen.	1.1.92
Metallindustrie	5,4	Die erste Stufe der Tariferhöhung gilt für das erste Jahr der Laufzeit. Vom 1.4.93 an weitere 3 vH Tarifsteigerung.	1.4.92 (21 Monate)
Baugewerbe	5,8	Von 1993 an Verbesserungen bei der Urlaubsregelung.	1.4.92
Druckindustrie	5,8		1.4.92
Einzelhandel ⁴⁾	5,8	In den höheren Gehaltsklassen beträgt die Tariferhöhung vom 1.5.92 an 5,6 vH (ein Nullmonat).	1.4.92
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	5,8	Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 36 Stunden vom 1.2.1996 an und auf 35 Stunden vom 1.11.1997 an.	1.2.92
Bekleidungsindustrie	5,8	Die Tariferhöhung enthält 1,4 vH Lohnausgleich für eine bereits früher vereinbarte Arbeitszeitverkürzung.	1.5.92
Textilindustrie	5,7	Wie in der Bekleidungsindustrie.	1.5.92
Chemische Industrie	5,1	Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 37,5 Stunden vom 1.4.1993 an. Flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit. Verbesserung beim Urlaubsgeld.	1.7./1.8./ 1.9.92 ⁵⁾ (16 Monate)

* In der Reihenfolge der Abschlüsse.

¹⁾ Einschl. Berlin (West). — ²⁾ Gegebenenfalls die erste Stufe der vereinbarten prozentualen Anhebungen. — ³⁾ Laufzeit: 12 Monate, falls nicht anders vermerkt. — ⁴⁾ Für das Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen. — ⁵⁾ Regional unterschiedlich.

Die westdeutschen Tarifabschlüsse sind auch für Ostdeutschland von Bedeutung, da die meisten ostdeutschen Löhne und Gehälter prozentual an die westdeutschen Einkommen gekoppelt sind.

**Beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾, Bruttolohn- und -gehaltsumme und Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland²⁾
im 1. Quartal 1992**

Wirtschaftsbereich	Beschäftigte Arbeitnehmer			Vollbeschäftigte Arbeitnehmer ³⁾		
	Beschäftigte Arbeitnehmer 1000 Pers. vH gegen- über Vorj.	Bruttolohn- und -gehaltsumme Mill. DM vH gegen- über Vorj.	Monatl. Durch- schnittseink. in DM vH gegen- über Vorj.	Vollbesch. Arbeitnehmer 1000 Pers. vH gegen- über Vorj.	Bruttolohn- und -gehaltsumme Mill. DM vH gegen- über Vorj.	Monatl. Durch- schnittseink. in DM vH gegen- über Vorj.
Land- u. Forstwirtschaft	300 -45,2	986 -29,9	1 096 27,9	227 -3,8	851 -0,2	1 250 3,7
Bergbau	99 -28,3	602 6,2	2 027 48,0	82 22,4	563 51,8	2 289 24,0
Energiewirtschaft	101 -8,2	713 23,1	2 353 34,1	98 -3,0	701 26,8	2 384 30,6
Verarbeitendes Gewerbe	1 308 -46,2	6 623 -23,1	1 688 42,8	984 -22,9	5 758 -5,8	1 951 22,1
dav.: Grundst.- u. Prod.-güter	271 -48,3	1 496 -19,6	1 840 55,4	203 -14,0	1 285 10,9	2 110 28,9
Investitionsgüter	674 -44,3	3 267 -24,5	1 616 35,5	495 -24,4	2 832 -10,8	1 907 18,0
Verbrauchsgüter	260 -48,3	1 335 -21,9	1 712 51,1	197 -24,5	1 157 -4,9	1 958 26,0
Nahrungs- u. Genußm.	103 -46,4	525 -26,4	1 699 37,3	89 -28,2	484 -14,0	1 813 19,8
Baugewerbe	502 -6,2	3 698 27,4	2 456 35,8	469 9,1	3 584 36,6	2 547 25,2
Produzierendes Gewerbe	2 010 -37,4	11 636 -8,1	1 930 46,9	1 633 -12,9	10 606 9,8	2 165 26,0
Handel	565 -9,3	3 395 29,4	2 003 42,7	533 7,9	3 312 40,9	2 071 30,6
Verkehr	496 -9,0	3391 30,2	2 279 43,1	469 6,8	3 309 40,6	2 352 31,6
Handel und Verkehr	1061 -9,2	6 786 29,8	2 132 42,9	1 002 7,4	6 621 40,7	2 203 31,0
Öffentlicher Dienst	1 525 -12,8	10 635 11,0	2 325 27,3	1 525 -12,8	10 635 11,0	2 325 27,3
Priv. Dienstleistungen ⁴⁾	916 40,1	5 431 91,4	1 976 36,7	905 47,9	5 405 96,3	1 991 32,7
Dienstleistungen	2 441 1,6	16 066 29,4	2 194 27,3	2 430 2,9	16 040 30,0	2 200 26,3
Insgesamt	5 812 -20,7	35 474 11,9	2 035 41,1	5 292 -2,1	34 118 23,8	2 149 26,4

¹⁾ Inlandskonzept; Einschl. Lehrlinge. — ²⁾ Einschl. Berlin (Ost). — ³⁾ Vollbeschäftigte bedeutet hier: Beschäftigte Arbeitnehmer ohne Kurzarbeiter. — ⁴⁾ Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck.
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

einkommen im Baugewerbe. Mit rund 2 550 DM erreichen die Arbeitnehmer in diesem Bereich etwa 80 vH des westdeutschen Lohnniveaus.

Ausblick

Die Situation auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt wird sich noch weiter verschlechtern. Im zweiten Quartal dürfte die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich zunehmen. Saisonbereinigt bedeutete dies einen Rückgang der Zahl der beschäftigten Inländer.

Solange sich die Aktivität auf den nationalen und internationalen Gütermärkten nicht belebt, wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter steigen. Impulse für eine solche

Belebung können derzeit nur von der Geldpolitik ausgehen. Diese Chancen sollten genutzt werden. Die Gefahr einer Beschleunigung des Preisauftriebs besteht nicht, da sich der Anstieg der Lohnstückkosten 1993 deutlich verlangsamen wird. Bei rezessiven Tendenzen in Deutschland und kräftig steigender Arbeitslosigkeit sind für das nächste Jahr moderatere Tarifabschlüsse zu erwarten. Ein Kurswechsel der Geldpolitik ist folglich jetzt angezeigt, da daraus resultierende expansive Effekte erst im Laufe des Jahres 1993 wirksam werden können³⁾.

Eine Belebung der Gütermärkte ist gerade im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland not-

³⁾ Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1992/93. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 26-27/1992.

**Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen in Westdeutschland¹⁾
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH**

	1990	1991	1990				1991				1992	
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II ²⁾
Beschäftigung	2,9	1,7	2,8	3,0	3,0	3,1	2,5	2,0	1,4	0,8	0,4	0,1
Bruttolöhne und -gehälter	7,8	7,9	6,7	8,1	7,3	8,7	6,8	9,1	8,5	7,2	7,0	5,5
Durchschnittseinkommen	4,7	6,1	3,9	5,0	4,2	5,5	4,2	7,0	7,0	6,4	6,5	5,5

¹⁾ Einschl. Berlin (West). — ²⁾ Schätzung; Bruttolohn- und -gehaltsumme und Durchschnittseinkommen gerundet.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

wendig. Da das Wachstum der Gütermärkte in Deutschland insgesamt derzeit nur schwach ist, ist der Konkurrenzdruck für die ostdeutschen Unternehmen besonders groß. Da es diesen Unternehmen nur in wenigen Fällen gelingt, gegenüber ihren westlichen Konkurrenten Marktanteile zurückzugewinnen, bleibt nur die Chance, eine konjunkturelle Belebung für eine Ausweitung von Produktion und Beschäftigung zu nutzen. Doch selbst eine allmähliche Erholung der Nachfrage für ostdeutsche Produkte wird in diesem Jahr noch keine fundamentale Änderung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt mit sich bringen, da in vielen Bereichen der Druck, Personal freizusetzen, weiterhin groß ist.

Eine Prognose der Arbeitslosigkeit bis zum Jahresende 1992 ist nicht möglich, da für die Prognose solcher Anpas-

sungsprozesse keine wissenschaftlichen Instrumente vorhanden sind. Zudem treffen viele Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt ihre Personalentscheidungen nicht nach marktmäßigen Überlegungen, sondern warten oftmals auf Entscheidungen der Treuhandanstalt und reagieren lediglich auf Änderungen des administrativen Rahmens. So stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Juli 1991, als das Kündigungsschutzabkommen in der Metallindustrie auslief, und im Januar 1992, nachdem die für Ostdeutschland geltende spezielle Kurzarbeiterregelung außer Kraft getreten ist, besonders stark. Auch für Juli 1992 ist mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu rechnen, da die Bundesanstalt für Arbeit die Zuschüsse zu den Lohnnebenkosten bei Kurzarbeit kürzt.

Rußlands Wirtschaft nach dem Zerfall der Sowjetunion: Die Monopolstrukturen behindern die Stabilisierung

Nach der Auflösung der Sowjetunion ist die russische Wirtschaft in eine äußerst schwierige Lage geraten: Der Produktionsrückgang beschleunigte sich, die Geldentwertung nahm nach der Preisfreigabe Anfang 1992 Formen einer Hyperinflation an. Die restriktive Geld- und Finanzpolitik der russischen Regierung, die sich auf Inflationsbekämpfung durch Kontrolle des Geldumlaufs, Abbau der Haushaltsdefizite und Durchbrechen der Lohn-Preis-Spirale richtet, wird jedoch durch das Finanzgebahren der staatlichen Monopolbetriebe unterlaufen, deren fällige Verbindlichkeiten seit Anfang 1992 sprunghaft gestiegen sind. Faktisch haben jetzt die Staatsunternehmen die Rolle eines Inflationstreibers übernommen, die zuvor der Staat innehatte. Sie zwingen die Geldpolitik, vorübergehende „Geldknappheiten“ rasch auszugleichen, um massive Firmenzusammenbrüche zu verhindern, und befördern so die Ausweitung der Geldmenge.

Dies erfordert, will die Regierung ihre Ziele erreichen, daß die monopolistischen Strukturen in der Wirtschaft durch Entflechtung und Privatisierung aufgebrochen werden, die nach wie vor umfassende staatliche Wirtschaftlenkung durch eine Privatrechtsordnung ersetzt wird. Ein schweres Erbe des kommunistischen Wirtschaftssystems sind die überdimensionierte Schwer- und Rüstungsindustrie und der überalterte Kapitalstock, die überalterte Infrastruktur und der desolate Zustand der Umwelt. Ungeklärt sind die künftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Der im Oktober 1991 geschlossene Vertrag über die Bildung einer Wirtschaftsgemeinschaft ist bisher nicht in die Praxis umgesetzt worden.

Das Scheitern der Perestrojka: Die Wirtschaftsentwicklung der UdSSR bis 1991

Mit dem Putsch im August 1991 wurde das Ende der Reformpolitik Gorbatschows besiegelt. Das Scheitern dieser Politik, mit der punktuell marktwirtschaftliche Elemente in das administrativ-zentralistische Wirtschaftssystem eingeführt wurden, war schon in den Vorjahren immer offensichtlicher geworden¹. Im Jahre 1990 wies die Statistik für die gesamtwirtschaftliche Produktion der UdSSR erstmals seit 1945 einen Rückgang auf, der sich 1991 beträchtlich beschleunigt hat. Wegen der unzureichenden Inflationsbereinigung dürften die offiziellen Zahlen den realen wirtschaftlichen Niedergang eher noch beschönigen²:

	1981- 1985 ²⁾	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ³⁾
Brutto-sozial-produkt ¹⁾	3,7	3,3	2,9	5,5	3,0	-2,3	-17
Produziertes National-einkommen ¹⁾	3,2	2,3	1,6	4,4	2,5	-4,0	-15

¹⁾ In vH gegenüber dem Vorjahr. — ²⁾ Jahresdurchschnittliche Veränderung. — ³⁾ GUS, ohne baltische Staaten und Georgien.

Die Industrieproduktion sank 1991 um 8 vH. Besonders empfindlich wurde die Volkswirtschaft vom Rückgang der Erdöl- und Kohleförderung um jeweils 10 vH betroffen, da dies die Exportfähigkeit entscheidend beeinträchtigte. Die Erdgasförderung stagnierte, so daß es keine Substitutionsmöglichkeiten gab. Produktionsrückgänge von 10 vH ver-

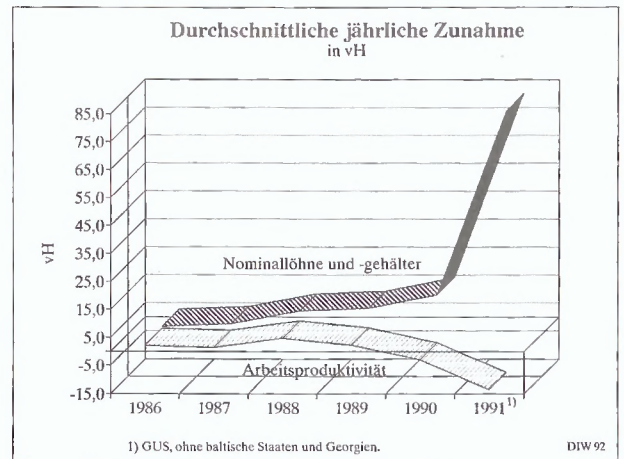
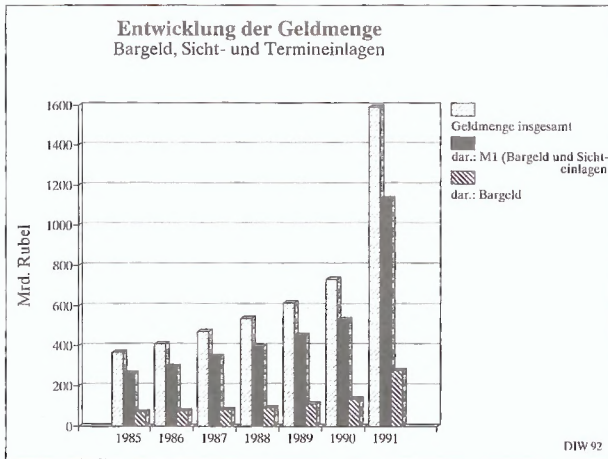
zeichneten die Stahlindustrie, der Maschinenbau für zivile Zwecke (d. h. ohne Rüstungsindustrie) sowie die Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie. Die Produktion der Leichtindustrie ging um 8 vH zurück, die der Nahrungsmittelindustrie um 9 vH. Die landwirtschaftliche Erzeugung fiel um 7 vH, wobei besonders die schlechte Getreideernte (-27 vH) ins Gewicht fiel.

Der auslösende Faktor für das wirtschaftliche Scheitern der Perestrojka war die inflationäre Geldschöpfung. Der hieraus resultierende Kaufkraftüberhang hat die Funktion des Rubels als allgemein anerkanntes Zahlungsmittel immer mehr untergraben. Allein 1991 hat sich die Bargeldmenge, die im privaten Zahlungsverkehr im Unterschied zu westlichen Ländern immer noch dominiert, verdoppelt; gegenüber 1986 hat sie sich vervierfacht. Termin- und Sichteinlagen weisen noch höhere Zuwachsraten auf (Tab. 2).

Verantwortlich für die nach 1985 beschleunigte monetäre Expansion war vor allem das Deficit-spending im Staatshaushalt, das durch Staatsbankkredite finanziert wurde. Außerdem wurden wiederholt Bankkredite an den Unternehmenssektor im nachhinein vom Staat über-

¹ Vgl. Sowjetunion: Wirtschaftskrise verstärkt Desintegration. Bearb.: Ulrich Weißenburger. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 34/1990.

² Die versteckte Inflation dürfte auch wesentlich für den Sprung bei den Wachstumsraten 1988 verantwortlich gewesen sein. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über das Staatsunternehmen waren die Entscheidungsbefugnisse der Betriebe über das Produktionssortiment und in der Preisbildung ausgeweitet worden. Dies wurde vielfach dahingehend genutzt, billige Erzeugnisse aus dem Angebot zu nehmen und durch teure, angeblich bessere Produkte zu ersetzen.



nommen. Im Ergebnis stieg der gesamte Schuldenstand des Staates sprunghaft (in Mrd. Rubel am Jahresende)³:

1975	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
62,4	103,8	141,6	161,7	219,6	311,8	398,6	566,1	1 050

Die Staatsverschuldung erreichte Ende 1991 knapp 60 vH des Bruttosozialprodukts gegenüber 18 vH Ende 1985.

Trotz des steigenden Geldüberhangs wurde bis einschließlich 1990 an der Politik weitgehend stabiler staatlicher Preise festgehalten. Nach offiziellen Angaben waren die Preise im staatlichen Einzelhandel (einschließlich Konsumgenossenschaften) 1990 um 11 vH höher als 1985 und um 5 vH höher als 1989, die entsprechenden Zahlen für die Kolchosmärkte lauteten 35 bzw. 22 vH. Erst 1991 trat die Inflation offen zutage. Im Jahresdurchschnitt wird der Preisanstieg im Einzelhandel (einschließlich Dienstleistungssektor) mit 86 vH angegeben, im Dezember 1991 lag hier die Teuerungsrate gegenüber dem Vorjahr bei 140 vH. Die Preise auf den Kolchosmärkten sind nach offiziellen Angaben 1991 im Jahresdurchschnitt um 130 vH gestiegen. Der Geldüberhang wurde trotz der Preissteigerungen nicht abgebaut. Am Jahresende 1991 erreichte M₁ (Bargeldmenge und Sichteinlagen) in Relation zum Bruttosozialprodukt in laufenden Preisen 60 vH (Bundesrepublik Deutschland: 20 vH).

Zu den Ursachen der Inflationsentwicklung bis 1991

Finanz- und Kreditsystem hatten in der Planwirtschaft primär die Erfüllung der staatlichen Produktionsziele zu gewährleisten. Um einer übermäßigen Finanzausstattung der Betriebe entgegenzuwirken, wurde zwar die Höhe ihrer Finanzfonds durch administrative Regelungen an die Entwicklung von Produktion und Produktivität gebunden. Die Unternehmen hatten dennoch wegen des Primats der Pro-

duktion immer „weiche Budgetrestriktionen“, d. h. Finanzierungsdefizite wurden entweder durch Bankkredite oder durch Subventionen gedeckt. Die Reformen in der Gorbatschow-Ära haben die Rechte der Unternehmen ausgeweitet und die planwirtschaftlichen Lenkungsinstrumente teilweise demontiert. Die grundlegenden Strukturen der monopolistischen Staatswirtschaft blieben jedoch erhalten, Marktmechanismen konnten nicht wirksam werden. Die finanziellen Restriktionen für die Unternehmen wurden durch die Reformen eher gelockert. Dies begünstigte über den Produktivitätsanstieg hinausgehende Lohnsteigerungen. Diese wurden zu einem wichtigen Faktor der Inflationsbeschleunigung:

	1981-1985 ²⁾	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität ¹⁾	2,7	2,1	1,5	4,8	2,3	-3,0	-13,5 ³⁾
Nominallöhne u. -gehälter ¹⁾	2,4	2,9	3,7	8,3	9,4	14,2	80 ⁴⁾

1) In vH gegenüber dem Vorjahr. — 2) Im jährlichen Durchschnitt. — 3) GUS, ohne Baltikum und Georgien. — 4) Rußland.

Inflationstreibend — weil produktivitätsmindernd — wirkten auch die überlangen Bauzeiten von Produktionsanlagen. 1990 lag die durchschnittliche Bauzeit in der Gesamtwirtschaft der UdSSR bei über 8 Jahren, im „Brennstoff- und Energiekomplex“ bei 12, in der Metallurgie bei 16, im Maschinenbau bei 10 und in der Chemieindustrie bei 11 Jahren. Die chronischen Verzögerungen bei der Inbe-

³ Vgl. Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990 g., Moskau 1991, S. 19. Izvestija vom 23. Januar 1992 und 5. März 1992. Abweichend von früheren Angaben wird in einigen neueren Veröffentlichungen des Staatskomitees für Statistik die staatliche Inlandsverschuldung Ende 1990 mit 628 Mrd. Rubel angegeben. Vgl. Ekonomika i zizn, Nr. 6/1992, S. 13.

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in der UdSSR
durchschnittliche jährliche Zunahme in vH

	1981-85	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ¹⁾
Beschäftigte	0,7	0,6	0,4	0,1	0,5	-0,6	-1,7
Produziertes Nationaleinkommen	3,2	2,3	1,6	4,4	2,5	-4,0	-15,0
Bruttosozialprodukt	3,7	3,3	2,9	5,5	3,0	-2,3	-17,0
Industrieproduktion	3,6	4,4	3,8	3,9	1,7	-1,2	-7,8
— Produktionsgüter	3,6	5,0	3,7	3,4	0,6	-3,2	-9,1 ⁴⁾
— Konsumgüter	3,7	2,6	4,1	5,4	4,9	4,4	-4,3 ⁴⁾
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	1,0 ²⁾	5,3	-0,6	1,7	1,3	-2,9	-7,0
Gütertransportvolumen	0,6	4,4	2,0	1,3	-1,9	-4,9	-9,0 ⁵⁾
Arbeitsproduktivität	2,7	2,1	1,5	4,8	2,3	-3,0	-13,5
— Industrie	3,0	4,5	4,1	4,7	3,1	1,8	
— Bauwirtschaft	2,6	4,5	6,3	7,5	2,2	-2,4	
— Landwirtschaft ³⁾	1,5	8,6	3,3	6,2	4,0	-3,1	
— Eisenbahntransport	1,6	7,6	6,8	3,9	0,8	-5,8	
Nominallöhne und -gehälter ³⁾	2,4	2,9	3,7	8,3	9,4	14,2	80,0 ⁵⁾
Brutto-Anlageinvestitionen	3,7	8,4	5,6	4,8	0,6	-5,5	-11,0 ⁵⁾
Inbetriebnahme von Anlagevermögen	3,1	5,9	6,8	0,8	-2,0	-4,0	-19,0 ⁴⁾
Export, jeweilige Preise	7,9	-6,0	-0,2	-1,5	2,4	-11,5	-33,0
Export, konstante Preise	1,7	9,2	2,6	3,3	0,7	-13,0	
Import, jeweilige Preise	9,2	-9,9	-2,9	7,1	10,9	-1,9	-44,0
Import, konstante Preise	6,9	-4,8	-0,9	3,4	9,0	-1,9	

1) GUS, ohne baltische Staaten und Georgien. — 2) Mehrjahresdurchschnitt bezogen auf den Durchschnitt zum vorhergehenden Jahrfünft. — 3) Im Staatssektor. — 4) Geschätzt. — 5) Russische Föderation.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der UdSSR 1990. — Berichte zur Wirtschaftslage 1991. — Berechnungen des DIW.

Entwicklung der Geldmenge 1985 bis 1991

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
	in Mrd. Rubel zum Jahresende						
Bargeld	70,5	74,8	80,6	91,6	109,5	136,1	276,9
Sichteinlagen	192,2 ¹⁾	222,2	263,0	304,8	343,6	395,6	853,7 ¹⁾
Private Haushalte	134,2 ¹⁾	146,5	159,2	176,2	201,6	230,3	312,6 ¹⁾
Unternehmen	58,0 ¹⁾	75,7	103,8	128,6	142,0	165,3	541,1 ¹⁾
M1 (Bargeld und Sichteinlagen)	262,7 ¹⁾	297,0	343,6	396,4	453,1	531,7	1 130,6 ¹⁾
Termineinlagen	104,0 ¹⁾	113,9	128,3	139,1	160,6	201,4	459,5 ¹⁾
Private Haushalte	86,6 ¹⁾	96,3	107,7	121,6	138,9	156,5	322,1 ¹⁾
Unternehmen	17,4 ¹⁾	17,6	20,6	17,5	21,7	44,9	137,4 ¹⁾
M2 (M1 und Termineinlagen)	366,7 ¹⁾	410,9	471,9	535,5	613,7	733,1	1 590,2 ¹⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH						
Bargeld	.	6,1	7,8	13,6	19,5	24,3	103,5
Sichteinlagen	.	15,6	18,4	15,9	12,7	15,1	115,8
Private Haushalte	.	9,2	8,7	10,7	14,4	14,2	35,7
Unternehmen	.	30,5	37,1	23,9	10,4	16,4	227,4
M1 (Bargeld und Sichteinlagen)	.	13,1	15,7	15,4	14,3	17,3	112,6
Termineinlagen	.	9,5	12,6	8,4	15,5	25,4	128,2
Private Haushalte	.	11,2	11,8	12,9	14,2	12,7	105,8
Unternehmen	.	1,0	17,0	-15,0	24,0	106,9	206,0
M2 (M1 und Termineinlagen)	.	12,0	14,8	13,5	14,6	19,5	116,9

1) Geschätzt.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der UdSSR für 1990, S. 28. — *Ekonomika i žizn* Nr. 38/1991, S. 4 und Nr. 10/1992, S. 9. — Schätzungen des DIW.

triebnahme neuen Anlagevermögens haben in den letzten Jahren noch zugenommen, was gleichfalls auf eine Abschwächung der ohnehin „weichen Budgetrestriktionen“ hindeutet. Der Wert der unvollendeten Investitionen am Jahresende in Relation zum gesamten Investitionsvolumen des entsprechenden Jahres im Staatssektor stieg von 1985 bis 1990 von 79 auf 104 vH. 1991 wurden in der GUS von den 329 fertigzustellenden Investitionsobjekten mit republikübergreifender Bedeutung nur 35 mit voller projektierte Leistung in Betrieb genommen, von den aus Unternehmensmitteln finanzierten Investitionsobjekten wurden 67 anstelle der geplanten 735 fertiggestellt. Die unvollendeten Investitionen sind infolgedessen weiter gestiegen:

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ²⁾
UdSSR/ GUS ¹⁾	122	133	139	158	181	206	270
darunter: Rußland ¹⁾	80	88	91	104	119	132	170

¹⁾ In Mrd. Rubel am Jahresende. — ²⁾ Schätzung.

Rußlands Wirtschaft nach der Preisfreigabe

Seit der Niederschlagung des August-Putsches liegt die wirtschaftspolitische Entscheidungskompetenz unbestritten bei den früheren Unionsrepubliken und jetzigen Nachfolgestaaten der UdSSR. Die Grundzüge des Wirtschaftsprogramms der russischen Regierung hat Präsident Jelzin Ende Oktober 1991 vor dem Volksdeputiertenkongreß erläutert. Hauptziele des Programms sind der Übergang zur Marktwirtschaft und die makroökonomische Stabilisierung. Als erste einschneidende Maßnahme sind mit Wirkung vom 2. Januar 1992 80 vH der Preise für Pro-

duktionsgüter und 90 vH der Verbraucherpreise freigegeben worden. Ausgenommen von der Liberalisierung waren nur die Preise für Grundnahrungsmittel, Medikamente und Energie sowie die Mieten, die Verkehrs- und Posttarife. Diese wurden mit Ausnahme der Mieten überwiegend um 200 bis 400 vH angehoben. Anfang März 1992 ist auch die Preisfreigabe für Grundnahrungsmittel beschlossen worden. Im Ergebnis lagen die Verbraucherpreise im März um 500 vH über dem Niveau vom Dezember 1991 und um 1 200 vH über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonat. Die Verbraucher reagierten auf das gestiegene Preisniveau mit einer drastischen Reduzierung ihrer Käufe. In konstanten Preisen sank der Einzelhandelsumsatz um 50 vH.

Einen belebenden Einfluß auf die Produktion hat die Preisfreigabe nicht gehabt. Die Talfahrt der Wirtschaft dauerte auch im 1. Quartal 1992 unvermindert an. Das produzierte Nationaleinkommen sank gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 14 vH, die Industrieproduktion um 13 vH, die Investitionen gingen um 44 vH zurück. In der Industrie fielen die Erdölförderung um 13 vH, die Stahl- und Walzstahlproduktion um 20 vH, die Erzeugung des Landmaschinen- und Traktorenbaus um 32 bis 50 vH. Einen wesentlichen Einfluß auf das Sinken der Industrieproduktion hatten Stillstände wegen Störungen in der Energieversorgung oder des Ausbleibens von Vorlieferungen. In vielen Bereichen ist die Nachfrageentwicklung für die rückläufige Produktion verantwortlich, z. B. bei Baumaschinen wegen der Drosselung der Investitionen oder bei NE-Metallen wegen der Reduzierung der Rüstungsproduktion. Der drastische Produktionsrückgang in der Nahrungsmittelindustrie um 28 vH hängt demgegenüber unmittelbar mit der Preisfreigabe zusammen. Er ist primär verursacht worden durch die hier noch vorherrschenden monopolistischen Anbieterstrukturen. Nach dem sprunghaften Preisanstieg zu Jahresbeginn kam es zu Absatzproblemen. Da ein Anreiz zur Kostensenkung fehlt, reagierten

Industrieproduktion in der Russischen Föderation
(zu konstanten Preisen; entsprechender Monat des Vorjahres = 100)

	1991		1992	
	November	Dezember	Januar	Februar
Insgesamt	88,7	88,1	85,0	87,8
Durchschnittliche Tagesproduktion	91,0	86,1	85,0	86,3
Elektroenergetik	99,5	99,6	99,8	99,4
Brennstoffindustrie	96,0	95,8	95,0	97,2
Eisen- und Stahlmetallurgie	96,9	92,7	78,0	84,4
Nichteisenmetallurgie	91,5	89,1	75,1	73,5
Chemische und petrochemische Industrie	90,0	88,0	84,9	90,3
Maschinenbau	92,0	90,0	89,2	87,2
Holz-, Holzverarb., Zellulose- und Papierindustrie	94,0	93,0	91,9	95,7
Baustoffindustrie	95,0	93,0	90,9	95,3
Leichtindustrie	93,0	93,0	92,5	99,7
Lebensmittelindustrie	88,4	78,0	67,8	75,8

Quelle: Financial and Business News Nr. 11/1992, S. 6.

die Unternehmen nicht mit einer Senkung der Preise, sondern mit einer Drosselung der Produktion.

Die Löhne und Gehälter betrugen im 1. Quartal durchschnittlich 1 950 Rubel im Monat, der nominale Anstieg gegenüber dem 1. Quartal 1991 lag bei 500 vH. Der Rückgang der Reallohne in diesem Zeitraum wird amtlich mit 14 vH angegeben. In zahlreichen Unternehmen konnten die Löhne auf Grund von Liquiditätsengpässen erst mit Verzögerung ausgezahlt werden. Am 1. April beliefen sich die Lohnrückstände in der Industrie, der Bauwirtschaft und der Landwirtschaft auf knapp 15 Mrd. Rubel⁴. Um die Folgen der Inflation teilweise zu kompensieren, sind die Löhne der Staatsbediensteten sowie die staatlichen Transferleistungen an die Entwicklung der Verbraucherpreise gekoppelt worden⁵. Noch problematischer als diese Indexierung, die nur mit Verzögerung wirkt und primär die unteren Einkommen absichert, sind die überdurchschnittlichen Lohnsteigerungen in der staatlichen Wirtschaft. Im 1. Quartal übertrafen sie sowohl den Lohnanstieg im öffentlichen Dienst als auch im genossenschaftlichen Sektor der Wirtschaft. Im Januar lag das Lohnniveau in der Industrie noch um 70 bis 100 vH über dem des öffentlichen Dienstes, im April bereits um 130 bis 150 vH. In der staatlichen Bauwirtschaft erreichten die Löhne im April trotz einer weit niedrigeren Produktivität ein um knapp 30 vH höheres Niveau als in den genossenschaftlichen Betrieben. Die Löhne in den Staatsbetrieben der Bauwirtschaft stiegen von Januar bis April um 700 vH, im Genossenschaftssektor um 300 vH⁶.

Ein zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik im 1. Quartal 1992 war die Reduzierung des Haushaltsdefizits auf 1 vH des Bruttoinlandsprodukts (1991 über 20 vH). Zwar entsprach der kassenmäßige Vollzug des Budgets mit einem Defizit von 19 Mrd. Rubel diesem Ziel nahezu, jedoch nur auf Grund der Verschiebung zahlreicher Zahlungen auf das 2. Quartal. Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Das am 4. April (ex post) verabschiedete Budgetgesetz sieht ein Defizit von 67,5 Mrd. Rubel (5 vH des BIP) vor. Die Berechnungsweise des Defizits in der russischen Finanzstatistik entspricht nicht der im Westen üblichen Methodik. So ist der innere Schuldendienst nicht in den Ausgaben enthalten, während Zahlungen des Auslands, darunter auch Auslandskredite, den regulären Budgeteinnahmen zugerechnet werden. Nach einer Angleichung an die westliche Systematik und unter Berücksichtigung der revidierten Erwartungen über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung bezifferte die russische Regierung in ihrem Memorandum zur Wirtschaftspolitik gegenüber dem IWF das wahrscheinliche Budgetdefizit im 1. Quartal auf 14 vH des BIP⁷. Bedenklich ist, daß die ohnehin bescheidene Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zu einem wesentlichen Teil durch eine Reduzierung der haushaltsfinanzierten Investitionen um real 50 vH erreicht wurde.

Die Banknotenemission erreichte im 1. Quartal nahezu einen Umfang wie im gesamten Vorjahr, die Bargeldmenge

stieg um 44 vH. Das Kreditvolumen nahm im Quartalsverlauf um 90 vH zu (1991: insgesamt +140 vH). Die Zentralbank hat in den letzten Monaten versucht, eine härtere Geldpolitik zu betreiben. Ende Mai wurde der Zinssatz für Zentralbankkredite an die Geschäftsbanken auf 80 vH festgelegt. Bereits zwei Monate zuvor war er von 20 auf 50 vH erhöht worden. Bis Ende 1991 hatte dieser Zinssatz bei maximal 9 vH gelegen. Die Mindestreserven der Geschäftsbanken betragen seit April 20 vH⁸.

Dramatisch verschlechtert hat sich die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen. Ihre überfälligen Verbindlichkeiten gegenüber den Lieferanten, dem Staat und den Banken stiegen in den ersten drei Monaten von 35 auf 780 Mrd. Rubel, Anfang Mai waren es bereits über 1 Billion Rubel. Zu den Ursachen für diese Entwicklung zählen die restriktive Kreditpolitik, Absatzschwierigkeiten in vielen Wirtschaftszweigen sowie die zum Teil spekulative Aufstockung von Lagerbeständen im Zusammenhang mit der Preisliberalisierung⁹. Angesichts der Dimension der Unternehmensverbindlichkeiten bleibt der Regierung nur die Möglichkeit der Schadensbegrenzung. In einer Verordnung vom 25. Mai empfiehlt sie der Zentralbank, den Geschäftsbanken Mittel zur Kreditvergabe an die Unternehmen zur Verfügung zu stellen, die ausschließlich zur Begleichung ihrer Verbindlichkeiten genutzt werden dürfen. Die Unternehmen sollen mit ihrem Vermögen gegenüber den Geschäftsbanken für diese Kredite haften, in einzelnen Fällen werden Staatsbürgschaften gewährt. Vom 1. Juli 1992 an werden bei Zahlungsrückständen Strafzinsen in Höhe von 0,5 vH pro Tag erhoben. Zur Begleichung ihrer fälligen Verbindlichkeiten müssen die Unternehmen vom 1. Juli an ihre Devisenbestände und andere finanzielle Aktiva (z. B. Wertpapiere) veräußern. In Abhängigkeit von ihren Zahlungsrückständen sollen den Staatsunternehmen Obergrenzen für ihre konsumtiven Ausgaben (Löhne, Sozialleistungen) gesetzt werden. Zahlungsunfähige Betriebe können künftig für bankrott erklärt und liquidiert werden¹⁰.

Die Reformpolitik der Jelzin-Regierung

Mit der Preisfreigabe hat die Regierung Jelzin eine zentrale Voraussetzung für die Systemtransformation zur

⁴ Vgl. *Ekonomika i žizn*, Nr. 17/1992, S. 14 f.

⁵ Vgl. *Ekonomika i žizn*, Nr. 47/1991, Beilage, S. 6, und *Ekonomika i žizn*, Nr. 2/1992, S. 17.

⁶ Vgl. *Izvestija* vom 14. Mai 1992.

⁷ Vgl. *Izvestija* vom 10. April 1992; *Ekonomika i žizn*, Nr. 10/1992, S. 4 f.

⁸ Vgl. *Izvestija* vom 25. Mai 1992; *Ekonomika i žizn*, Nr. 10/1992, S. 4; International Monetary Fund: *Economic Review. Russian Federation*. Washington D.C., April 1992, S. 18, 74-75.

⁹ Vgl. *Ekonomika i žizn*, Nr. 17/1992, S. 14; *Ekonomičeskoe položenie Rossijskoj Federacii v Janvare — Mae 1992 goda*, Moskau 1992, S. 12.

¹⁰ Vgl. *Ekonomika i žizn*, Nr. 24/1992, S. 5, Nr. 25/1992, S. 21.

Marktwirtschaft erfüllt. Wegen der monopolistischen Angebotsstrukturen hat die Preisliberalisierung jedoch zunächst lediglich die Inflation verschärft. Ein Zwang zur Anpassung der Preise an die Nachfrage und zur Kostensenkung fehlt nach wie vor. Um zu vermeiden, daß soziale Proteste zu einer erneuten Einführung administrativer Preisfestsetzungen führen, sind die Stabilisierung des Preisniveaus und Erfolge bei der Schaffung von Wettbewerb auf den Gütermärkten zu Schlüsselfragen für den Erfolg des Reformkurses geworden. Da die Privatisierung Zeit erfordert, müssen die großen Staatsmonopole zunächst entflochten werden. Außerdem sind Hindernisse bei der Gründung neuer Unternehmen zu beseitigen.

Das Kernstück der Reformmaßnahmen zur Schaffung funktionsfähiger Märkte ist makroökonomisch die Geldwertstabilisierung, mikroökonomisch die Privatisierung der Staatsunternehmen. Für die Stabilisierung von Währung und öffentlichen Finanzen ist die Realisierung der Planungen der russischen Regierung zum Abbau der Unternehmenssubventionen von 5 vH im 1. Quartal 1992 auf 1,5 vH des BIP dringend erforderlich. Die Lohnentwicklung in den Staatsunternehmen im 1. Quartal hat gezeigt, daß Gefahren für die Stabilisierung auch von einer Lohn-Preis-Spirale ausgehen. Die überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen in der Staatswirtschaft und ihre seit Jahresbeginn sprunghaft angestiegenen fälligen Verbindlichkeiten legen den Verdacht nahe, daß die staatlichen Unternehmen in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften zum Teil sogar bewußt versuchen, die Restriktionen der Kredit- und Finanzpolitik zu unterlaufen und den Staat vor vollendete Tatsachen zu stellen. Das in den letzten Monaten zu beobachtende Phänomen der „Bargeldknappheit“ ist faktisch ein Konflikt zwischen der staatlichen Geldpolitik und den in ihrem Finanzgebaren autonom agierenden Staatsunternehmen. Gelingt es nicht, gegenüber den Staatsbetrieben harte Budgetrestriktionen durchzusetzen, sind die Erfolgsaussichten für die Stabilisierungs- und Reformpolitik gering. Es muß für die Zukunft ausgeschlossen werden, daß der Staat ex post mit Subventionen oder Krediten sämtliche Finanzierungsdefizite der Unternehmen sanktioniert. Auf der anderen Seite muß darauf geachtet werden, die Investitionskraft der Unternehmen nicht durch eine zu hohe Besteuerung zu schwächen. Außerdem ist es nicht ratsam, den ohnehin starken Produktionsrückgang noch durch eine drastische Reduzierung der öffentlichen Investitionen zu beschleunigen. Vor allem Investitionen in Infrastruktureinrichtungen (Verkehr, Fernmeldewesen) und in den Umweltschutz (Bau kommunaler Kläranlagen, Altlastensanierung) sind für die Verbesserung der Standortqualität vordringlich. Anders als bisher muß allerdings eine Ausschreibung der öffentlichen Bauvorhaben gewährleistet sein.

Die Grundlagen des Privatisierungsprogramms für 1992 sind durch einen Erlaß von Präsident Jelzin vom 29. Dezember 1991 festgelegt worden¹¹. Dieser Erlaß ist mittlerweile durch Durchführungsbestimmungen präzisiert und

in einzelnen Teilen auch modifiziert worden. In seinen wesentlichen Elementen hat er seine Funktion als Basis der russischen Privatisierungspolitik aber behalten.

1992 sollen vorzugsweise Unternehmen aus solchen Wirtschaftszweigen privatisiert werden, denen eine Schlüsselrolle für die Entwicklung von Marktbeziehungen und die Versorgung der Bevölkerung zugeschrieben wird. Hierzu werden der Groß- und Einzelhandel, der Gaststätten- und Dienstleistungssektor, die Bauwirtschaft und die Baumaterialienindustrie, der Agrarsektor und seine Zulieferbereiche, die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie sowie der Straßengüterverkehr gezählt. Über die Hälfte der Unternehmen soll in diesen Wirtschaftszweigen bis Jahresende in Privateigentum überführt werden. Die Verfahrensweise bei der Privatisierung hängt primär von der Betriebsgröße ab. Kleinere Betriebe sollen in der Regel versteigert oder ausgeschrieben werden, bei größeren Unternehmen ist eine Umwandlung in Aktiengesellschaften vorgesehen. Es können unentgeltlich Belegschaftsaktien ausgegeben werden, jedoch ohne Stimmrecht. Wesentliche Fragen im Zusammenhang mit der Privatisierung von Großbetrieben sind noch nicht endgültig geklärt. So plant die Regierung die unentgeltliche Ausgabe von Kupons, mit denen die Bevölkerung am Staatsvermögen beteiligt werden soll. Die praktische Umsetzung dieser Vorstellungen ist jedoch noch offen. In breitem Umfang soll die Privatisierung der Großunternehmen nach den derzeitigen Planungen Anfang 1993 beginnen. Bis 1995 sollen 40 bis 50 vH von ihnen privatisiert sein. Mit der Durchführung der Privatisierung wurde das Staatskomitee für die Verwaltung des Staatsvermögens betraut.

Das Steuersystem der Russischen Föderation ist völlig neu gestaltet worden. Wichtigste Einnahmequelle des Staates ist seit Jahresbeginn eine Mehrwertsteuer mit einem Satz von 28 vH. Der private Konsum wird außerdem durch eine Reihe von speziellen Verbrauchssteuern („Akzisen“) belastet, z. B. auf alkoholische Getränke, Tabakerzeugnisse, Süßwaren, Delikatessen, Personenkraftwagen und hochwertige Konsumgüter. Die Gewinne der Unternehmen werden mit 32 vH besteuert (Brokerfirmen und Investmentgesellschaften mit 45 vH). Die Einkommensteuer sieht bis zu einem Jahreseinkommen von 42 000 Rubel einen Grenzsteuersatz von 12 vH vor, bei 420 000 Rubel erreicht er 60 vH. Außerdem sind noch eine Reihe anderer Steuern eingeführt worden, z. B. Steuern auf Erträge von Banken und Versicherungen, Vermögenssteuern für natürliche und juristische Personen, eine Steuer für Wertpapiergeschäfte und eine Grundsteuer. Es ist zu fragen, ob ein einfacheres Steuersystem dem Zustand der Finanzverwaltung nicht angemessener gewesen wäre.

Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft werden Arbeitsmarktp Probleme zwangsläufig an Bedeutung gewinnen. Nach einer Prognose des russischen Wirtschaftsministeriums werden 1992 mindestens 2,2 Mill. Menschen Ar-

¹¹ Vgl. *Ekonomika i žizn*, Nr. 2/1992, S. 18 ff.

beitslosenunterstützung beziehen und 1,6 Mill. umgeschult werden. Am 1. April 1992 waren zwar erst 118 000 Arbeitslose registriert, von denen 52 000 Arbeitslosenhilfe erhielten. Diese Zahl wird jedoch schnell steigen, da viele aus dem Staatsdienst Entlassene noch Übergangsgelder bezogen haben. Die derzeitigen Pläne der russischen Regierung sehen vor, daß vom 1. Juni 1992 an die Arbeitslosenhilfe im Regelfall 75 vH des Mindestlohns ausmachen soll. Im Falle von Unternehmensschließungen oder Massenentlassungen sollen die betroffenen Arbeitnehmer 6 Monate eine erhöhte Arbeitslosenhilfe erhalten, jedoch maximal 90 vH des früheren Lohns. Bisher wurden in den ersten drei Monaten 100 vH des früheren Lohns gezahlt, danach sank die Arbeitslosenhilfe im Verlauf von 12 Monaten bis auf den Mindestlohn¹². Zur Finanzierung der wachsenden Aufwendungen für den Arbeitsmarkt ist ein staatlicher Beschäftigungsfonds eingerichtet worden, an den die Arbeitgeber monatlich 1 vH der Lohnsumme abführen müssen. Die Mittel dieses Fonds dienen auch zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen („gesellschaftliche Arbeiten“), in die vor allem schwer vermittelbare Arbeitslose und beschäftigungslose Personen ohne Anspruch auf Arbeitslosenhilfe einbezogen werden sollen¹³.

Zu den schwierigsten Strukturproblemen Rußlands zählt die Konversion der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion. Die in diesem Zusammenhang entstehenden Fragen sollen durch ein im März 1992 beschlossenes Gesetz geregelt werden. Bei der Konversion soll gewährleistet werden, daß das technologische Niveau des Rüstungssektors für die Produktion weltmarktfähiger Erzeugnisse genutzt wird. Es wird angestrebt, die im Konversionsprozeß freiwerdenden Produktionskapazitäten, das Forschungspotential und die Arbeitskräfte für die Realisierung staatlicher Schwerpunktprogramme heranzuziehen. Für die Umsetzung der Konversionsprogramme wird ein staatlicher Kon-

versionsfonds eingerichtet. Außerdem dürfen die entsprechenden Rüstungsbetriebe eigene Sonderfonds für Forschung und Entwicklung bilden, die bei der Gewinnsteuer angerechnet werden. Unternehmen, die einer vollständigen Konversion unterliegen, können auf Wunsch der Begleitschaften privatisiert werden. Die von der Konversion betroffenen Unternehmen erhalten besondere Steuererleichterungen und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten. Orte, in denen mehr als 20 vH der Beschäftigten auf Grund der Konversion freigesetzt werden, werden in spezielle regionale Förderprogramme einbezogen¹⁴.

In den laufenden Beratungen zwischen IWF und der russischen Regierung ist vor allem die Freigabe der Energiepreise umstritten. Die Regierung befürchtet, daß hierdurch eine neue Inflationswelle ausgelöst wird. Eine schnelle Anhebung der Energiepreise auf das Weltmarktpreisniveau ist gleichwohl notwendig. Der Effekt stark steigender Energiepreise kann gemildert werden, wenn es gelingt, die sich aus steigenden Preisen ergebenden Entlastungen für den Staatshaushalt an die Wirtschaft zurückzugeben, entweder in Form von direkten Zuschüssen (Transfers) oder von Steuersenkungen. Der Angebotsschock durch stark steigende Energiepreise führt zu der langfristig notwendigen Umstrukturierung der Wirtschaft, wenn er nicht — wie in den westlichen Industrieländern Mitte und Ende der siebziger Jahre — begleitet ist von einer Lohn- und Geldpolitik, die sekundäre Angebots- und Nachfrageschocks auslöst. Eine Erhöhung der Energiepreise allerdings, die gekoppelt wäre mit dem Versuch des Staates, seine Defizite rasch abzubauen, hätte erhebliche Entzugseffekte für die Wirtschaft.

¹² Vgl. *Ekonomika i žizn*, Nr. 10/1992, S. 4.

¹³ Vgl. *Rossiiskie vesti*, Nr. 14/1992, S. 3.

¹⁴ Vgl. *Ekonomika i žizn*, Nr. 18/1992, S. 20.

WESTDEUTSCHLAND

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾											
						Insgesamt	dav.: Hauptgruppen				Inland		Ausland				
							Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	Investitions-gütergewerbe	Verbrauchs-gütergewerbe								
		in 1000				1985 = 100											
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1990	J	1980		308		117,4		111,3		120,8		117,0		117,5		117,4	
	F	1956	1960	312	311	119,2	118,6	111,6	112,1	123,2	122,3	119,2	118,2	118,8	117,7	119,9	120,3
	M	1944		313		119,3		113,3		122,8		118,3		116,7		123,6	
	A	1949		316		118,9		112,6		122,7		117,7		119,1		118,8	
	M	1924	1929	319	317	121,6	120,3	111,9	112,3	126,4	124,5	122,3	120,4	124,6	122,1	116,7	117,4
	J	1913		317		120,4		112,4		124,3		121,3		122,5		116,8	
	J	1879		320		122,9		112,7		127,9		124,0		127,4		115,6	
	A	1845	1845	315	315	125,6	125,2	115,0	115,4	130,9	129,9	126,5	126,4	132,6	130,4	114,1	116,6
	S	1812		309		127,0		118,5		130,9		128,8		131,2		120,0	
	O	1786		306		129,1		118,7		134,1		130,9		135,5		118,8	
	N	1731	1743	306	308	125,2	125,5	116,0	116,8	128,7	128,4	129,6	131,0	135,2	134,0	109,0	111,8
	D	1711		312		122,3		115,7		122,5		132,6		131,3		107,5	
1991	J	1661		321		128,2		118,3		132,7		130,6		136,6		114,5	
	F	1670	1664	324	327	123,7	124,9	115,3	115,5	126,1	128,4	130,1	129,8	132,9	134,2	108,6	109,7
	M	1660		336		122,9		112,9		126,4		128,6		133,2		106,1	
	A	1684		342		120,7		113,7		122,9		125,2		130,0		105,5	
	M	1704	1696	343	343	123,0	122,4	115,1	114,2	126,3	125,4	125,5	126,6	131,2	130,8	109,6	108,7
	J	1699		345		123,6		113,7		127,1		129,2		131,3		111,0	
	J	1712		342		123,6		115,9		126,0		129,4		129,6		113,9	
	A	1707	1704	341	337	123,2	122,9	115,4	114,7	126,2	126,0	127,0	127,3	129,4	129,5	113,1	112,1
	S	1694		330		122,0		112,7		125,7		125,4		129,6		109,3	
	O	1690		320		122,2		114,8		125,5		124,5		129,2		110,9	
	N	1667	1674	317	318	123,6	121,6	116,4	114,7	126,9	124,4	125,4	124,3	133,1	129,3	108,1	108,9
	D	1665		316		118,9		112,8		120,8		123,1		125,7		107,7	
1992	J	1664		329		125,0		118,2		127,6		128,6		133,0		112,1	
	F	1663	1673	343	340	127,1	124,8	118,8	117,7	130,6	127,8	130,1	127,2	136,3	133,0	112,3	111,6
	M	1693		348		122,3		116,0		125,3		122,9		129,6		110,3	
	A	1768		347		120,5		115,0		122,1		124,2		129,0		106,6	
	M	1798	1795	342	342	120,4		117,4		121,0		123,6		129,0		106,5	
	J	1819		337													
	J A S O N D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980 ⁴⁾	Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾				
			Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe	Ausfuhr	Einfuhr						
				Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe										
		in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾		
mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1990	J	7327		115,9		109,9		121,2		119,4				46,4		41,5
	F	7344	7342	116,7	116,7	111,6	110,6	121,7	121,8	132,4	125,7			45,7	46,2	41,8
	M	7355		117,5		110,3		122,6		125,3				46,4		42,5
	A	7364		115,3		111,0		119,0		121,2				46,3		44,2
	M	7383	7382	119,6	117,4	109,5	110,4	125,9	122,0	127,9	122,9			45,1	44,8	41,4
	J	7398		117,2		110,6		121,0		119,6				43,1		43,5
	J	7419		119,1		110,8		123,7		124,0				45,2		44,7
	A	7434	7428	120,5	120,3	111,6	112,0	124,3	124,3	123,4	123,5			45,5	45,2	46,5
	S	7432		121,3		113,5		124,8		123,2				44,8		45,7
	O	7470		122,2		111,9		125,8		127,4				46,7		45,9
	N	7484	7483	122,4	122,6	113,1	112,7	125,5	126,4	126,1	125,4			46,4	45,8	50,9
	D	7495		123,3		113,1		128,0		122,6				44,3		48,7
1991	J	7527		123,2		113,8		126,5		124,1				45,9		51,8
	F	7534	7531	123,3	123,2	111,7	113,2	127,2	126,7	103,6	119,2			45,4	45,6	49,6
	M	7531		123,0		114,1		126,3		129,9				45,5		50,5
	A	7538		123,3		112,7		126,9		134,0				43,9		49,2
	M	7530	7530	123,7	124,3	114,2	114,0	127,0	128,2	127,9	130,4			46,4	44,8	53,2
	J	7520		126,0		115,1		130,6		129,2				44,1		49,5
	J	7524		123,2		112,0		126,8		131,8				47,3		51,0
	A	7506	7510	121,7	122,5	111,2	111,9	126,1	126,6	126,1	130,4			47,0	46,8	49,6
	S	7501		122,6		112,4		126,8		133,3				46,1		50,7
	O	7490		122,3		113,7		126,2		131,2				46,6		51,1
	N	7484	7485	123,4	121,6	114,9	112,0	127,5	125,7	134,0	131,6			48,5	47,6	51,7
	D	7480		119,1		107,4		123,5		129,5				47,6		50,1
1992	J	7475		123,4		114,6		126,7		125,3				45,9		52,2
	F	7449	7452	125,2	123,7	118,8	116,4	128,2	126,8	140,2	132,4			47,6	47,1	52,3
	M	7432		122,5		115,8		125,5		131,7				47,9		52,3
	A			122,9		115,2		126,0		135,1				50,5		54,6
	M			124,8		117,9		127,7		133,4				44,7		50,5
	J															
	J															
A																
S																
O																
N																
D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte und Außenhandel Westdeutschlands — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt. —

⁴⁾ Wegen Umstellung der Preisbasis können zur Zeit keine Daten ausgewiesen werden.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.